



## - Beschluss -

<i>Einbringer</i> Politik	Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
------------------------------	--------------------------------------------------------

<i>Gremium</i>	<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Ergebnis</i>
Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen (SoA)	04.03.2024	ungeändert abgestimmt
Hauptausschuss (HA)	18.03.2024	auf TO der BS gesetzt
Bürgerschaft (BS)	08.04.2024	ungeändert beschlossen

## Gemeinsam gegen Sexismus

### Beschluss:

Die Bürgerschaft begrüßt die Mitgliedschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. initiierten Bündnis "Gemeinsam gegen Sexismus" ausdrücklich und beauftragt den Oberbürgermeister in der folgenden Bürgerschaftssitzung über die Arbeitsschwerpunkte des Bündnisses und den Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu berichten.

Des Weiteren wird die Verwaltung damit beauftragt, eine Pressemitteilung der Stadt zu veröffentlichen, die über das Thema Sexismus, die Arbeit des Bündnisses und unsere Beteiligung als Stadt informiert, sowie entsprechende Veröffentlichungen in den Sozialen Medien und im Greifswalder Stadtblatt umzusetzen.

Zudem wird beschlossen, dass das vom Bündnis bereitgestellte Informationsmaterial (siehe Sachdarstellung) angefordert und allen städtischen Einrichtungen zur Auslage, zum Aushang und zur betriebsinternen Verteilung zur Verfügung gestellt wird.

Im Rahmen dieser Maßnahme sollen selbige Einrichtungen angeregt werden, es der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gleich zu tun und ebenfalls die gemeinsame Erklärung des Bündnisses zu unterzeichnen: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/gemeinsame-erklaerung/>

Die Verwaltung wird abschließend beauftragt, die Planung und Durchführung künftiger Bildungs- und Aufklärungsveranstaltungen zum Thema zu prüfen, hierbei kann und sollte, soweit möglich, auf die Ressourcen des Bündnisses und dessen Mittel zurückgegriffen werden.

Zwei Jahre nach Beschlussfassung soll ein mündlicher Bericht in der Bürgerschaft erfolgen, in dem die Umsetzung dieses Beschlusses und weitere städtische Aktivitäten im diesem Themenfeld evaluiert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	12	4

Egbert Liskow  
Präsident der Bürgerschaft